

Fassung vom 02.April 2004

Einheitsbedingungen für Textilveredlungsaufträge

Seite 1-9 Deutsche Version

Seite 9-18 Englische Version (Übersetzung, Deutscher Text ist Vertragstext)

Eingetragen im Kartellregister gem. Bekanntmachung 28/65 u. 67/65, 82/70, 36/73 u. 63/73 des BkArtA (B.-Anz. Nr 88/65 v. 12.5.1965 u. Nr. 196/65 v. 16.10.1965, Nr. 4/71 v. 8.1.1971 u. Nr. 153 v. 17.8.1973 u. Nr. 228 v. 6.12.1973 u. Nr 218 v. 23.11.1985 u. Nr 31 v. 14.2.1986 u. Nr. 36 v. 6.4.2004)

§1 Geltungsbereich

- (1) Für alle Textilveredlungsaufträge gelten die „Einheitsbedingungen für Textilveredlungsaufträge“ einschließlich der Ergänzungsbestimmungen. Einer Bestätigung eines jeden einzelnen Auftrages unter Bezugnahme auf diese Bedingungen bedarf es nicht.
- (2) Für die Einlagerung von Ware, für die noch keine endgültige Einteilung vorliegt und die zur Veredlung noch nicht freigegeben ist, gelten die §§ 7 Abs. 1-3, 8, 12 Abs.1, 13, 14 Abs. 1-4, 15 Abs. 2-6, 16 Abs. 2, 18-24 der Einheitsbedingungen für Textilveredlungsaufträge.
- (3) Maßgebend für den einzelnen Veredlungsauftrag sind die bei der Auftragsannahme geltenden Preise, Bedingungen und Ergänzungsbestimmungen.
- (4) Die Einheitsbedingungen gelten ausschließlich zwischen Kaufleuten.

§2 Auftragsannahme

Ein Veredlungsauftrag gilt, sofern seine Annahme vom Veredler nicht abgelehnt wird, erst an dem Tage als angenommen, an dem die Ware bei dem Veredler eingetroffen, vom Auftraggeber endgültig eingeteilt und zur Veredlung freigegeben ist.

§3 Auftragsbezeichnung und Begleitzettel

- (1) Bei jeder Auftragserteilung ist die Art der Veredlung eindeutig schriftlich zu bezeichnen.
- (2) Bei der Übersendung der Ware ist dem Veredler ein Begleitzettel mit genauer Angabe über Menge und Art der Ware zuzustellen.

§ 4 Angaben zur Warenbeschaffenheit und zum Verwendungszweck

- (1) Dem Veredler sind bei der Auftragserteilung eindeutig und schriftlich die genaue Zusammensetzung des Spinnstoffs, der Aufbau der Ware, Art und Umfang von Vorbehandlungen, eingesetzte Schlichtmittel, Echtheiten und Verwendungszweck mitzuteilen. Dabei ist insbesondere die Art und Beschaffenheit des in der Ware vorhandenen Spinnungsgutes, bei Mischgespinnsten und Waren aus Mischgespinnsten auch das Mischungsverhältnis nach Hundertsätzen genau anzugeben.

- (2) Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der nach Abs. 1 und der nach den Ergänzungsbestimmungen erforderlichen weiteren Angaben sowie für die Freiheit seiner Ware von Fremdkörpern steht der Auftraggeber dem Veredler ein.

§5 Erklärung über Eigentumsverhältnisse der Rohware

- (1) Dem Veredler ist bei der Auftragserteilung auf besonderes Verlangen unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn die zur Veredlung übergebene Ware nicht dem Auftraggeber, sondern einem Dritten gehört oder mit den Rechten eines Dritten belastet ist, also insbesondere, wenn sie unter Eigentumsvorbehalten geliefert, sicherungsweise übereignet, weiterveräußert oder verpfändet ist.
- (2) Wechselt nach der Auskunfterteilung das Eigentum an der Ware, während sie sich bei dem Veredler befindet, so ist dieser Eigentumswechsel dem Veredler unverzüglich anzuzeigen.
- (3) Unterbliebene oder mangelhafte Erklärung über die Eigentumsverhältnisse haben die Entsprechenden Haftungsansprüche gegen den Auftraggeber zur Folge.
- (4) Der Veredler ist berechtigt die Ware zu hinterlegen, falls ein Dritter anstelle des Auftraggebers Herausgabeansprüche stellt und diese Ansprüche glaubhaft macht. Der Auftraggeber kann im Falle der Hinterlegung keine Schadensersatzansprüche gegen den Veredler geltend machen.

§ 6 Aufschub der Veredlung

Der Veredler ist nicht verpflichtet, die Ware in Arbeit zu nehmen oder weiterzuverarbeiten, solange ihm nicht die in den §§3-5 vorgeschriebene Angaben gemacht worden sind.

§ 7 Sicherungsrechte

- (1) Mit der Übergaben der zu veredelnden Ware stellt der Auftraggeber dem Veredler wegen aller seiner gegenwärtigen und künftigen Forderungen aus der laufenden Geschäftsverbindung ein vertragliches Pfandrecht. Das gesetzliche Pfand- und Zurückbehaltungsrecht bleibt davon unberührt.
- (2) Gleichzeitig überträgt der Auftraggeber die ihm an der zu veredelnden Ware zustehenden Anwartschaftsrechte auf Erwerb oder Rückerlangung des Eigentums an den Veredler. Bei Auslieferung der veredelten Ware bleiben diese Rechte bis zur Tilgung der gesicherten Forderungen vorbehalten.
- (3) Der Auftraggeber verwahrt die ihm wieder ausgelieferte Ware für den Veredler und gibt sie ihm insbesondere dann auf Verlangen heraus, wenn eine der Voraussetzungen für den Wegfall des Zahlungsziels nach § 1 Abs. 3 S. 1 dieser Einheitsbedingungen eingetreten ist. Der Auftraggeber ist berechtigt die Ware in ordentlichem Geschäftsgang zu veräußern. Der Veredler bleibt auf diese Weise mittelbarer Besitzer der Ware, damit er gegen Vorlieferanten des Auftraggebers oder gegen Sicherungseigentümer der Ware Verwendungseratzansprüche geltend machen kann, falls diese die Ware herausverlangen.
- (4) Bis zur vollen Bezahlung des Veredlungsentgelts tritt der Auftraggeber hiermit die Forderung aus einem Weiterverkauf der veredelten Ware an den Veredler

ab, und zwar auch insoweit, als die Ware verarbeitet ist. Die Abtretung wird auf die Höhe des Veredelungsentgelts der verkauften Ware beschränkt. Der Veredler wird die abgetretenen Forderungen nicht einziehen, solange der Auftraggeber seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Der Auftraggeber ist aber verpflichtet, dem Veredler auf Verlangen die Drittschuldner aufzugeben und diesen die Abtretung anzuzeigen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Veredler im Falle der Zahlungseinstellung eine Aufstellung über die noch vorhandene Ware, auch soweit sie verarbeitet ist, und eine Aufstellung der Forderungen an die Drittschuldner zu übersenden.

- (5) Übersteigt der Wert der Sicherheiten die Forderungen des Veredlers gegen den Auftraggeber um mehr als 10%, dann ist der Veredler verpflichtet, insbesondere Sicherheiten nach seiner Wahl frei zugeben.

§ 8 Entnahme von Mustern

- (1) Der Veredler ist berechtigt von der Ihm zur Veredlung übergebene Ware rohe oder fertig ausgerüstete Handproben als vertraulich zu behandelnde Belege zu entnehmen. Ausgenommen hiervon sind fertige Bekleidungsgegenstände (Strümpfe, Handschuhe usw.) und abgepasste Waren.
- (2) Unbeschadet der dem Veredler obliegenden Sorgfaltspflicht bei der Durchführung der Veredlung ist er zur Prüfung der angelieferten Ware nicht verpflichtet.

§ 9 Lieferzeit

Eine Verpflichtung zur Einhaltung bestimmter Lieferfristen kann nur durch ausdrückliche schriftliche Zusage des Veredlers bei der Annahme des Auftrags übernommen werden. Stillschweigende Hereinnahme von Aufträgen mit vorgeschriebener Lieferzeit begründet keine Zusage einer Lieferfrist.

§ 10 Nachlieferungsfrist

- (1) Überschreitet der Veredler eine nach §9 zugesagte Lieferfrist oder liefert er nach Ablauf einer angemessenen Lieferfrist trotz Mahnung des Auftraggebers nicht, so muss ihm der Auftraggeber bei zugesagter Lieferfrist eine Nachlieferungsfrist von 12, sonst 25 Tagen bewilligen. Die Nachlieferungsfrist kann erst nach Ablauf der Lieferfrist gestellt werden und wird von dem Tage an gerechnet, an dem die schriftliche Mitteilung des Auftraggebers durch Einschreibebrief oder durch Fernschreiben beim Veredler eingeht.
- (2) Vor Ablauf der Nachlieferungsfrist sind irgendwelche Ansprüche des Auftraggebers wegen verspäteter Lieferung ausgeschlossen.

§ 11 Unterbrechung der Lieferung

- (1) Bei höherer Gewalt, Arbeitskampfmaßnahmen, unberechtigten behördlichen Maßnahmen und solchen unverschuldeten Betriebsstörungen, die länger als eine Woche gedauert haben oder voraussichtlich dauern, wird die Lieferungsfrist bzw. Abnahmefrist ohne weiteres um die Dauer der Behinderung, längstens um 5 Wochen zuzüglich Nachlieferungsfrist verlängert. Die Verlängerung tritt nicht ein, wenn der anderen Partei nicht unverzüglich Kenntnis von dem Grund der Behinderung gegeben wird, sobald

zu übersehen ist, dass die vorgenannten Fristen nicht eingehalten werden können.

- (2) Ist die Lieferung bzw. Abnahme nicht rechtzeitig erfolgt, so kann die andere Vertragspartei vom Vertrag zurücktreten. Sie muss dies jedoch mindestens 2 Wochen vor Ausübung des Rücktrittsrechts durch Einschreiben oder Fernschreiben ankündigen.
- (3) Hat die Behinderung länger als 5 Wochen gedauert und wird der anderen Vertragspartei auf Anfrage nicht unverzüglich mitgeteilt, dass rechtzeitig geliefert bzw. angenommen werde, dann kann die andere Vertragspartei sofort vom Vertrag zurücktreten.
- (4) Schadensersatzansprüche sind in den vorgenannten Fällen ausgeschlossen.

§12 Haftungsausschluss

- (1) Die Haftung des Veredlers ist ausgeschlossen
 - a) für Mängel und Schäden, die durch die vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen genehmigte „Einheitsversicherung für Textilveredlungsware“ gedeckt werden können*), soweit diese Mängel und Schäden nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Veredlers beruhen und soweit es sich um Schäden aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit handelt, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Verwenders beruhen.
 - b) für die unmittelbaren und mittelbaren Folgen jeden sonstigen Ereignisses (z.B. Betriebsstörung, Unfälle, Krieg, behördliche Maßnahmen, Wirtschaftskämpfe und durch sie hervorgerufene Arbeitsunterbrechung und deren Folgen, Aufruhr, Plünderung, Zusammenrottung von Menschenmengen und dadurch hervorgerufene Abwehrmaßnahmen, Sabotage, Beschädigung durch Tiere, Stockflecken), sofern der Veredler die zur Vermeidung der Schäden und Verluste erforderliche Sorgfalt nachweislich angewandt hat.
- (2) Die Gewährleistung und Haftung ist ferner ausgeschlossen für Mängel und Schäden, die
 - a) unbeschadet der nach §4 zu machenden Angaben auf die Beschaffenheit der Ware zurückzuführen sind.
 - b) durch Fremdkörper in der Ware des Auftraggebers angerichtet werden, soweit diese bei Eingang der Ware im Werk des Veredlers vorhanden waren,
 - c) auf unrichtige oder unvollständige Angaben bei der Auftragserteilung im Sinne des § 4 Abs. 1 oder auf Begleitzetteln oder auf nicht erkennbar schädliche Behandlungsvorschriften des Auftraggebers zurückzuführen sind.
- (3) Der Veredler haftet nicht
 - a) für Mängel, die unbeschadet der nach §4 zu machenden Angaben unmittelbar oder mittelbar darauf zurückzuführen sind, dass die übergebene Ware vom Auftraggeber oder von anderer Seite vorbehandelt worden ist,
 - b) bei Umrüst- und Umfärbeaufträgen,
 - c) für Mängel, die unbeschadet der nach § 4 zu machenden Angaben mittelbar oder unmittelbar darauf zurückzuführen sind, dass bei der zur Veredlung aufgegebenen Ware ungeeignete Schlichtmittel verwendet worden sind.
- (4) Der Veredler kann sich auf die Haftungsausschlüsse in Abs. 2 und 3 insoweit nicht berufen, als die vom Auftraggeber geltend gemachten Mängel und Schäden ungeachtet der für die Haftungsausschlüsse gesetzten Voraussetzungen auf einem Verschulden des Veredlers bei der Durchführung der Veredlung beruhen.

- (5) Der Veredler haftet nicht für handelsübliche Abweichungen oder geringe technische nicht vermeidbare Abfälle und Abweichungen, z.B. der Qualität, Farbe, Breite, des Gewichts, der Ausrüstung oder des Dessins.
- (6) Die Rohbreite der zu veredelnden Waren sind im Einvernehmen mit dem Veredler so zu bemessen, dass die verlangten Fertigbreiten ohne Gefährdung der Ware erzielt werden können. Bei Anlieferung zu geringer Rohbreiten ist die Haftung des Veredlers für daraus entstehende Mängel und Schäden ausgeschlossen.

*) z.B. Feuer, Blitz, Explosion, Überschwemmung, Wasserrohrbrüche, Witterungseinflüsse, Zusammenstoß und Inbrandgeraten von Transportmitteln, Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Abhandenkommen, Beraubung, Unredlichkeit und Veruntreuung.

§ 13 Versicherung

Die dem Veredler zur Bearbeitung überwiesene Ware wird vom Veredler gegen keinerlei Gefahren, insbesondere auch nicht gegen Feuerschäden versichert.

§ 14 Mängelrüge

- (1) Will der Auftraggeber Beanstandungen geltend machen, so ist die Be- oder Verarbeitung der Ware zu unterlassen oder sofort einzustellen und der Veredler zu benachrichtigen.
- (2) Beanstandungen müssen vom Auftraggeber noch Eingang der Ware bei sich bzw. seiner Anlieferungsstelle schriftlich erhoben werden, und zwar
 - a) wegen offenkundiger Fehler durch unverzügliche, spätestens 14 Tagen und
 - b) wegen verborgener Fehler durch unverzüglich nach Entdeckung, spätestens innerhalb von zwölf Monaten beim Veredler eingegangene Anzeige.
- (3) Wegen Ware, die weiter be- oder verarbeitet worden ist, können Beanstandungen nicht mehr erhoben werden, es sei denn, dass verborgene Fehler vorliegen, die vom Veredler zu verantworten sind.
- (4) Beanstandete Ware ist beim Veredler vorzulegen.
- (5) Lässt ein Auftraggeber die fertig gestellte Ware beim Veredler auf Lager nehmen, so laufen die vorstehenden Fristen von dem Empfang und der Rechnung an, die der Veredler dem Auftraggeber über die Ware erteilt. Der Veredler ist verpflichtet, dem Auftraggeber die Möglichkeit zur Untersuchung der auf Lager genommenen Ware zu geben.

§ 15 Nachbesserung und Schadensersatz

- (1) Soweit eine Haftung des Veredlers nicht ausgeschlossen ist, muss ihm nach seiner Wahl bei unrichtigem Ausfall der Veredlung oder anderen berechtigten Beanstandungen zunächst Gelegenheit zur Nachbesserung gegeben werden. In allen Fällen ist der Veredler auch berechtigt, innerhalb angemessener Frist Ersatz zu liefern. Eine Nachbesserung schließt bei Farbabweichungen die nicht unter §12 Abs. 5 fallen, auch eine Umfärbung in eine marktgängige Farbe nach Anhörung des Auftraggebers ein, wenn es sich um einen Artikel handelt, der in anderen Farben verwertbar ist. Bei Ersatzlieferungen oder bei sonstiger Notwendigkeit stellt der Auftraggeber – soweit ihm das zumutbar und möglich ist – die dazu erforderliche Rohware zum Selbstkostenpreis zu

dem sie hergestellt bzw. eingekauft werden kann, auf Verlangen dem Veredler zu Verfügung.

- (2) Macht der Veredler von seinem Recht zur Richtigstellung, Umfärbung, Nachbesserung oder Ersatzlieferung keinen Gebrauch, schlagen sie fehl oder sind diese nicht möglich, so kann der Auftraggeber Minderung oder, soweit der Veredler den Mangel zu vertreten hat, Schadensersatz verlangen oder von seinem Rücktrittsrecht gebrauch machen. Bei Mängeln der Ausrüstung infolge von offenkundigen Fehlern bzw. bei verborgenen Fehlern, die vor Weiterverarbeitung der Ware entdeckt werden, besteht die Schadensersatzpflicht des Veredlers höchstens in dem Ersatz des nachgewiesenen Verkaufspreises für entsprechend veredelte Ware des Auftraggebers am Tage des Eingangs der Mängelrüge, jedoch unter Anrechnung eines etwaigen Restwertes der betreffenden Ware.
- (3) Gegenüber sonstigen Schadensersatzansprüchen des Auftraggebers –z.B. wegen verborgener Fehler, die erst im Zuge oder nach der weiteren Verarbeitung der Ware entdeckt werden, haftet der Veredler nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (4) Der Ersatz von Schäden, die auf leicht fahrlässiger Verletzung einer Nebenpflicht beruhen, sowie der Ersatz von Folgeschäden, die nicht auf typischerweise mit dem Veredlungsauftrag verbundenen Umständen beruhen und deshalb für den Veredler nicht vorhersehbar sind, ist in jedem Fall ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Schäden aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Verwenders oder einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Verwenders beruhen.

§ 16 Veredlungspreis bei Rücktritt oder Schadensfall

- (1) Treten der Auftraggeber oder der Veredler nach §11 vom Verträge zurück oder tritt ein Schadensereignis ein, das von keinem der beiden zu vertreten ist und das die Erfüllung des Vertrages unmöglich macht, so hat der Veredler Anspruch auf Vergütung der bis zur Erklärung des Rücktritts bzw. bis zum Eintritt des Schadensereignisses geleisteten bzw. begonnenen Veredlungsarbeiten.
- (2) Wird die angelieferte Ware auf Verlangen des Auftraggebers unbearbeitet zurückgeliefert, ohne dass der Veredler dazu einen Anlass gegeben hat, so hat der Veredler Anspruch auf Ersatz der Lagerungs- und Transportkosten.

§ 17 Rechnungserteilung

- (1) Die Berechnung der Veredlungsentgelte erfolgt entweder nach Anlieferung der zu veredelnden Ware oder nach erfolgter Veredlung der Ware.
- (2) Bei der Berechnung nach Anlieferung wird die Rechnung für die in einem Monat zur Veredlung angenommene Ware ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer tatsächlichen Rücklieferung unter dem Letzten dieses Monats ausgestellt.
- (3) Bei der Berechnung nach erfolgter Veredlung wird die Rechnung für die in der Zeit
 - a) vom 1. bis 15. eines Monats fertiggestellte Ware unter dem 15. dieses Monats,

- b) vom 16. bis Letzten eines Monats fertiggestellte Ware unter dem Letzten dieses Monats ausgestellt.

§ 18 Zahlungsziel

- (1) Die Rechnungen sind nach 30 Tagen, vom Tage der Rechnungsstellung an gerechnet, netto ohne jeden Abzug zahlbar.
- (2) Als Zahlungstag gilt bei Zahlung durch die Post der Tag des Poststempels, bei Zahlungen durch die Bank der Vortag der Gutschrift der Bank des Veredlers, bei Zahlungen durch Boten der Tag, an dem die Zahlungsbestätigung durch den Veredler ausgehändigt wird.
- (3) Ist der Auftraggeber mit einer fälligen Zahlung in Verzug, stellt er seine Zahlungen ein, wird über sein Vermögen des Insolvenzverfahren eröffnet oder erfahren seine Vermögensverhältnisse eine wesentliche Verschlechterung, so fällt jedes Zahlungsziel weg. Der Veredler kann in diesen Fällen vor weiteren Ablieferungen bare Zahlung verlangen.
- (4) Zahlungen werden stets zur Begleichung der ältesten fälligen Schuldposten zuzüglich der darauf aufgelaufenen Verzugszinsen verwendet.
- (5) Alle Rechnungen über Barauslagen, wie Frachten, Postgebühren, Zölle unv. sind sofort zu bezahlen.

§ 19 Zahlungsweise

- (1) Die Bezahlung hat in EURO zu erfolgen. Bei Zahlungen in ausländischen Währungen wird als Gegenwert der Erlös in EURO laut Bankabrechnung gutgebracht.
- (2) Die Zahlung hat zu erfolgen in barem Geld, Scheck oder durch Banküberweisung. Zahlungen in barem Geld, Scheck oder durch Banküberweisung, die gegen Übersendung eines vom Veredler ausgestellten Eigenakzeptes des Auftraggebers erfolgen, gelten erst dann an Zahlungsstatt, wenn der Wechsel vom Auftraggeber eingelöst und der Veredler somit aus der Wechselhaftung befreit wird.
- (3) Wechsel soweit sie in Zahlung genommen werden, gelten nur zahlungshalber, nicht als an Zahlungsstatt angenommen. Ihre Laufzeit darf nicht weniger als 10 Tage und nicht mehr als 3 Monate betragen. Bank-, Diskont und Einziehungsspesen sind dem Veredler zu erstatten.

§ 20 Zinsen

- (1) Bei Zielüberschreitung werden Verzugszinsen in Höhe von 8% über dem jeweiligen Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank berechnet.
- (2) Für Vorauszahlungen werden Vorzinsen in Höhe der Verzugszinsen gewährt. Vorauszahlungen sind nur nach Ausstellung der Rechnung bis zu ihrer Höhe statthaft.

§ 21 Gegenansprüche

- (1) Die Aufrechnung ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Die Zurückbehaltung fälliger Rechnungsbeträge ist unzulässig, es sei denn, es liegen unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen vor. Dies gilt nicht im Falle der

Zahlungseinstellung des Veredlers. Sonstige Abzüge (z.B. für Porto, Überweisungs- und Versicherungsgebühren) sind unzulässig.

- (2) Ansprüche wegen unrichtiger Berechnung müssen innerhalb von 4 Monaten nach dem Ausstellungstag der Rechnung erhoben werden.

§ 22 Gerichtsstand und Erfüllungsort

Beidseitiger Erfüllungsort für Ansprüche aus dem diesen Bedingungen unterliegenden Geschäftsverkehr, insbesondere für Lieferung und Zahlung, ist die Niederlassung des Veredlers. Der Gerichtsstand ist nach Wahl des Veredlers seine Niederlassung oder die Niederlassung der Treuhandgesellschaft Textilveredlung GmbH, nämlich Frankfurt am Main.

§ 23 Zuständigkeit

Alle Streitigkeiten aus dem diesen Bedingungen unterliegenden Geschäftsverkehr werden entweder durch das ordentliche Gericht oder durch das in § 24 vorgesehene Schiedsgericht entschieden. Ist die Anrufung eines der beiden Gerichte erfolgt, so ist der Einwand der Unzuständigkeit ausgeschlossen.

§ 24 Schiedsgericht

a) Zusammensetzung

- (1) Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus zwei Beisitzern und einem Obmann. Die Parteien können vereinbaren, dass die Entscheidung eines Streitfalls nur durch einen Schiedsrichter erfolgt.
- (2) Der Obmann des Schiedsgerichts sowie der Einzelschiedsrichter müssen die Befähigung zum Richteramt haben.
- (3) Die betreibende Partei hat der Gegenpartei mittels eingeschrieben Briefes und unter kurzer Darlegung des Streitfalls ihren Schiedsrichter mit der Aufforderung zu benennen, innerhalb einer Woche ein Gleiches zu tun. Dieser Aufforderung hat die Gegenpartei auch dann zu entsprechen, wenn sie den ihr benannten Schiedsrichter ablehnt. Kommt sie der Aufforderung nicht fristgemäß nach, so wird der zweite Schiedsrichter auf Antrag der betreibenden Partei durch den Präsidenten des für den Veredler nach § 22 zuständigen Landgerichts ernannt.
- (4) Wenn ein Schiedsrichter die Übernahme des Amtes ablehnt oder aus einem anderen Grunde ausscheidet, so hat die Partei, die ihn ernannt hat, auf Aufforderung der anderen Partei binnen einer Woche einen neuen Schiedsrichter zu ernennen. Tut sie das nicht, so erfolgt die Ernennung wiederum durch den Präsidenten des für den Veredler nach §22 zuständigen Landgerichts. Ist der Schiedsrichter bereits vom Landgerichtspräsidenten ernannt, so wird von diesem Antrag der betreibenden Partei ein neuer Schiedsrichter bestellt.
- (5) Der Obmann wird von den Beisitzern gewählt. Kommt eine Einigung über seine Person nicht innerhalb zweier Wochen seit der Ernennung der Beisitzer zustande, so kann jede der beiden Parteien die Ernennung des Obmannes bei dem Präsidenten des für den Veredler nach § 22 zuständigen Landgerichts beantragen.

- (6) Desgleichen kann jede Partei die Ernennung des Einzelschiedsrichters bei dem Landgerichtspräsidenten beantragen, wenn sich die Parteien nicht innerhalb zweier Wochen über seine Person einigen.
- b) Verfahren
- (7) Das Verfahren des Schiedsgerichts regelt sich nach den Vorschriften des zehnten Buches der Deutschen Zivilprozessordnung. Seine Entscheidung ist endgültig.
- (8) Das Schiedsgericht hat auch über die Kosten des Verfahrens unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Deutschen ZPO zu entscheiden.
- (9) Zuständiges Gericht im Sinne des § 1045 der Deutschen ZPO ist ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes das für den Veredler nach § 22 zuständige Landgericht.

English Translation (German Text is relevant to this contract)

As you've requested a professional translation, here's how the sections you provided could be translated into English:

§1 Scope

(1) The "Uniform Conditions for Textile Finishing Orders" including supplementary provisions apply to all textile finishing orders. Confirmation of each individual order referencing these conditions is not required.

(2) For the storage of goods for which no final allocation exists and which have not yet been released for finishing, §§ 7 para. 1-3, 8, 12 para. 1, 13, 14 para. 1-4, 15 para. 2-6, 16 para. 2, 18-24 of the Uniform Conditions for Textile Finishing Orders apply.

(3) The prices, conditions, and supplementary provisions applicable at the time of order acceptance are decisive for each finishing order.

(4) The Uniform Conditions apply exclusively between merchants.

§2 Acceptance of Orders

A finishing order is considered accepted only on the day the goods arrive at the finisher's, are finally allocated by the client, and released for finishing, unless its acceptance is declined by the finisher.

§3 Order Designation and Accompanying Slip

(1) The type of finishing must be clearly specified in writing with every order placement.

(2) An accompanying slip detailing the quantity and type of goods must be sent to the finisher upon dispatch of the goods.

§4 Information on Goods' Composition and Purpose of Use

(1) At the time of placing the order, the finisher must be clearly and in writing provided with the exact composition of the spinning material, the structure of the goods, type and extent of pretreatments, sizing agents used, fastness properties, and intended use. In particular, the type and quality of the spinning material present in the goods, and for blended yarns and goods made from blended yarns, the mixing ratio in percentages must be precisely indicated.

(2) The client is responsible to the finisher for the accuracy and completeness of the information required under para. 1 and the supplementary provisions, as well as for ensuring their goods are free from foreign objects.

§5 Declaration on the Ownership of Raw Materials

(1) Upon placing the order, the finisher must be immediately notified upon special request if the goods handed over for finishing do not belong to the client but to a third party or are encumbered with third-party rights, especially if they are delivered under retention of title, transferred as security, resold, or pawned.

- (2) If the ownership of the goods changes while they are in the finisher's possession after the information has been provided, this change of ownership must be immediately notified to the finisher.
- (3) Failure or improper declaration regarding the ownership will result in corresponding liability claims against the client.
- (4) The finisher is entitled to deposit the goods if a third party claims them instead of the client and substantiates these claims. In the event of depositing, the client cannot claim damages from the finisher.

§6 Delay of Finishing

The finisher is not obliged to start working on the goods or to process them further as long as the information required under §§3-5 has not been provided.

§7 Security Rights

- (1) By handing over the goods to be finished, the client grants the finisher a contractual lien for all his current and future claims arising from the ongoing business relationship. This does not affect the legal lien and right of retention.
- (2) At the same time, the client transfers to the finisher the expectant rights to acquire or recover ownership of the goods to be finished. These rights remain reserved until the settlement of the secured claims upon delivery of the finished goods.
- (3) The client stores the redelivered goods for the finisher and, in particular, hands them over upon request if one of the conditions for the elimination of the payment target according to § 1 para. 3 s. 1 of these Uniform Conditions occurs. The client is entitled to sell the goods in the ordinary course of business. In this way, the finisher remains the indirect possessor of the goods, so that he can assert compensation claims against the client's pre-suppliers or against the security owners of the goods if they demand the goods.
- (4) Until the full payment of the finishing fee, the client hereby assigns to the finisher the claim from a resale of the finished goods, including to the extent that the goods are processed. The assignment is limited to the amount of the finishing fee for the sold goods. The finisher will not collect the assigned claims as long as the client meets his payment obligations. However, the client is obliged to disclose the third-party debtors to the finisher upon request and notify them of the assignment. In the event of cessation of payments, the client is obliged to send the finisher a list of the remaining goods, even if they are processed, and a list of claims against third-party debtors.
- (5) If the value of the securities exceeds the claims of the finisher against the client by more than 10%, the finisher is obliged to release securities of his choice to that extent.

§8 Sampling

- (1) The finisher is entitled to take raw or finished hand samples from the goods handed over for finishing as confidential documents. This excludes finished garments (stockings, gloves, etc.) and cut-to-length goods.
- (2) Despite the duty of care incumbent upon the finisher in carrying out the finishing, he is not obliged to inspect the delivered goods.

§9 Delivery Time

An obligation to adhere to specific delivery periods can only be assumed by the finisher's express written promise at the time of accepting the order. Tacit acceptance of orders with prescribed delivery time does not constitute a promise of a delivery period.

§10 Extension Period for Delivery

(1) If the finisher exceeds a promised delivery period according to §9 or fails to deliver after the expiration of a reasonable delivery period despite the client's reminder, the client must grant the finisher an extension period of 12, otherwise 25 days. The extension period can only be set after the delivery period has expired and is calculated from the day the client's written notification is received by the finisher via registered letter or telex.

(2) Any claims by the client for delayed delivery are excluded before the expiry of the extension period.

§11 Interruption of Delivery

(1) In the case of force majeure, labor dispute measures, unauthorized government actions, and such operational disruptions that have lasted or are expected to last longer than a week, the delivery or acceptance period is automatically extended by the duration of the hindrance, but by no more than 5 weeks plus the extension period. The extension does not apply if the other party is not immediately informed of the reason for the hindrance as soon as it is foreseeable that the aforementioned periods cannot be met.

(2) If the delivery or acceptance has not occurred on time, the other contractual party may withdraw from the contract. However, this must be announced at least 2 weeks before exercising the right of withdrawal by registered letter or telex.

(3) If the hindrance has lasted longer than 5 weeks and it is not immediately communicated to the other contractual party upon request that delivery or acceptance will occur on time, then the other contractual party may immediately withdraw from the contract.

(4) Claims for damages are excluded in the aforementioned cases.

§12 Exclusion of Liability

(1) The liability of the finisher is excluded for

a) defects and damages that can be covered by the "Uniform Insurance for Textile Finishing Goods" approved by the Federal Supervisory Authority for the Insurance Industry*), provided that these defects and damages are not based on intent or gross negligence of the finisher and provided it concerns damages resulting from injury to life, body, or health, which are based on a negligent breach of duty by a legal representative or vicarious agent of the user.

b) the immediate and indirect consequences of any other event (e.g., operational disruption, accidents, war, governmental actions, economic disputes and the resulting work interruptions and their consequences, riot, looting, mob assembly and the defensive measures provoked by it, sabotage, damage by animals, mildew

spots), provided the finisher has demonstrably applied the care required to prevent the damages and losses.

(2) The warranty and liability are also excluded for defects and damages that

a) irrespective of the information to be provided under §4, are attributable to the quality of the goods.

b) are caused by foreign objects in the client's goods, provided they were present at the goods' arrival at the finisher's plant,

c) are attributable to incorrect or incomplete information provided at the time of placing the order according to § 4 para. 1 or on accompanying slips, or to unrecognizably harmful treatment instructions of the client.

(3) The finisher is not liable for

a) defects that, irrespective of the information to be provided under §4, are directly or indirectly attributable to the fact that the handed-over goods have been pretreated by the client or another party,

b) for retooling and redyeing orders,

c) for defects that, irrespective of the information to be provided under § 4, are directly or indirectly attributable to the use of unsuitable sizing agents in the goods submitted for finishing.

(4) The finisher cannot invoke the exclusions of liability in para. 2 and 3 to the extent that the defects and damages claimed by the client, regardless of the conditions set for the exclusions of liability, are based on the finisher's fault in carrying out the finishing.

(5) The finisher is not liable for customary deviations or minor technically unavoidable waste and deviations, e.g., in quality, color, width, weight, finishing, or design.

(6) The raw width of the goods to be finished must be determined in agreement

with the finisher so that the required finished widths can be achieved without endangering the goods. The finisher's liability for defects and damages resulting from the delivery of insufficient raw widths is excluded.

*) e.g., fire, lightning, explosion, flood, burst pipes, weather influences, collision and ignition of transport vehicles, theft, burglary, disappearance, robbery, dishonesty, and embezzlement.

§13 Insurance

The goods transferred to the finisher for processing are not insured by the finisher against any risks, especially not against fire damage.

§14 Complaints

(1) If the client wishes to make complaints, the processing or further processing of the goods must be discontinued or immediately stopped, and the finisher must be notified.

(2) Complaints must be raised by the client in writing upon receipt of the goods at their place or delivery point, specifically

a) for obvious defects through immediate notification, at the latest within 14 days, and

b) for hidden defects through immediate notification after discovery, at the latest within twelve months after receipt by the finisher.

(3) Complaints can no longer be raised for goods that have been further processed or processed, unless hidden defects are present, for which the finisher is responsible.

- (4) Complained goods must be presented to the finisher.
- (5) If a client has the finished goods stored with the finisher, the aforementioned periods run from the receipt of the invoice that the finisher issues to the client for the goods. The finisher is obliged to give the client the opportunity to inspect the goods taken into storage.

§15 Rework and Compensation

- (1) As far as the finisher's liability is not excluded, he must first be given the opportunity to rework in the event of incorrect finishing results or other legitimate complaints, at his discretion. In all cases, the finisher is also entitled to deliver replacement within a reasonable period. Reworking, in the case of color deviations not falling under §12 para. 5, also includes redyeing into a marketable color after consulting the client if it concerns an article that can be used in other colors. For replacement deliveries or when otherwise necessary, the client – as far as reasonable and possible for him – provides the necessary raw material at the self-cost price at which it can be produced or purchased, upon the finisher's request.
- (2) If the finisher does not exercise his right to correction, redyeing, reworking, or replacement delivery, if they fail or are not possible, the client may demand a reduction or, as far as the finisher is responsible for the defect, compensation or make use of his right of withdrawal. In the case of equipment defects due to obvious errors or hidden errors discovered before further processing of the goods, the finisher's obligation to pay damages is at most the replacement of the proven sales price for correspondingly finished goods of the client on the day of the complaint, however, taking into account any residual value of the relevant goods.
- (3) The finisher is liable according to legal provisions for other claims for damages by the client - e.g., for hidden defects discovered during or after further processing of the goods.
- (4) Compensation for damages resulting from slight negligence in breaching a secondary duty, as well as compensation for consequential damages not based on circumstances typically associated with the finishing order and therefore unforeseeable for the finisher, is excluded in any case. This does not apply to damages resulting from injury to life, body, or health based on a negligent breach of duty by the user or an intentional or negligent breach of duty by a legal representative or vicarious agent of the user.

§16 Finishing Price in Case of Withdrawal or Damage Event

- (1) If the client or the finisher withdraws from the contract according to §11 or if a damage event occurs that is not attributable to either party and makes the fulfillment of the contract impossible, the finisher is entitled to compensation for the finishing work performed or started up to the declaration of withdrawal or the occurrence of the damage event.
- (2) If the delivered goods are returned unprocessed at the client's request without the finisher having given any reason for it, the finisher is entitled to compensation for storage and transport costs.

§17 Issuance of Invoices

- (1) The calculation of the finishing fees is carried out either after the delivery of the goods to be finished or after the finishing of the goods.

(2) When calculating after delivery, the invoice for the goods accepted for finishing in one month is issued under the last day of this month, regardless of the time of their actual redelivery.

(3) When calculating after finishing, the invoice for the goods

a) completed from the 1st to the 15th of a month is issued under the 15th of this month,

b) completed from the 16th to the last of a month is issued under the last day of this month.

§18 Payment

Term

(1) Invoices are payable net without any deductions 30 days from the date of the invoice.

(2) The payment day, in the case of postal payment, is the date of the postal stamp; for bank payments, the day before the credit entry at the finisher's bank; for payments by messenger, the day the payment confirmation is handed out by the finisher.

(3) If the client is in default with a due payment, suspends his payments, insolvency proceedings are opened over his assets, or his financial circumstances significantly deteriorate, any payment term lapses. In these cases, the finisher can demand cash payment before further deliveries.

(4) Payments are always used to settle the oldest due debt items plus the accrued default interest.

(5) All invoices for cash outlays, such as freight, postal fees, customs duties, etc., are payable immediately.

§19 Method of Payment

(1) Payment must be made in EURO. For payments in foreign currencies, the equivalent value in EURO according to the bank statement is credited.

(2) Payment must be made in cash, by check, or by bank transfer. Payments in cash, by check, or by bank transfer that are made against the submission of an accept issued by the finisher from the client are only considered as payment when the bill is redeemed by the client and the finisher is thereby released from the bill liability.

(3) Bills of exchange, to the extent they are accepted, are only accepted on account of payment, not as payment. Their term must not be less than 10 days and not more than 3 months. Bank, discount, and collection fees are to be reimbursed to the finisher.

§20 Interest

(1) Default interest at a rate of 8% above the respective base interest rate of the Deutsche Bundesbank is charged for exceeding the payment term.

(2) Pre-interest at the rate of default interest is granted for advance payments. Advance payments are only permissible up to the amount of the invoice after it has been issued.

§21 Counterclaims

(1) Offset is only permitted with undisputed or legally established claims. Retaining due invoice amounts is not permitted unless there are undisputed or legally established counterclaims. This does not apply in the case of the finisher's cessation of payments. Other deductions (e.g., for postage, transfer, and insurance fees) are not permitted.

(2) Claims for incorrect billing must be raised within 4 months from the invoice date.

§22 Jurisdiction and Place of Performance

The place of performance for both parties for claims arising from the business transactions subject to these conditions, especially for delivery and payment, is the finisher's establishment. The jurisdiction is, at the finisher's option, his establishment or the establishment of the Treuhandgesellschaft Textilveredlung GmbH, namely Frankfurt am Main.

§23 Competence

All disputes arising from the business transactions subject to these conditions are decided either by the ordinary court or by the arbitration court provided for in §24. If one of the two courts is called upon, the objection of incompetence is excluded.

§24 Arbitration Court

a) Composition

(1) The arbitration court consists of two assessors and a chairman. The parties can agree that the decision of a dispute is made by only one arbitrator.

(2) The chairman of the arbitration court and the sole arbitrator must have the qualification to hold judicial office.

(3) The initiating party must nominate its arbitrator to the opposing party by registered letter, briefly outlining the dispute and requesting the nomination of a similar arbitrator within a week. The opposing party must comply with this request even if it rejects the arbitrator named to it. If it does not comply with the request within the deadline, the second arbitrator is appointed at the request of the initiating party by the president of the regional court competent for the finisher according to §22.

(4) If an arbitrator refuses to accept the office or resigns for another reason, the party that appointed him, upon request of the other party, must nominate a new arbitrator within a week. If it does not do so, the appointment is again made by the president of the regional court competent for the finisher according to §22. If the arbitrator has already been appointed by the president of the regional court, a new arbitrator is appointed at the request of the initiating party by the same.

(5) The chairman is elected by the assessors. If an agreement on his person is not reached within two weeks since the appointment of the assessors, either party can request the appointment of the chairman by the president of the regional court competent for the finisher according to §22.

(6) Similarly, either party can request the appointment of the sole arbitrator by the president of the regional court if the parties do not agree on his person within two weeks.

b) Procedure

(7) The procedure of the arbitration court is governed by the provisions

of the tenth book of the German Code of Civil Procedure. Its decision is final.

(8) The arbitration court also decides on the costs of the proceedings in accordance with the provisions of the German Code of Civil Procedure.

(9) The competent court in the sense of § 1045 of the German Code of Civil Procedure is, regardless of the value of the dispute, the regional court competent for the finisher according to §22.